



***Couragiert, solidarisch, achtsam, kämpferisch!***  
***Verstärkung des Gesundheitsschutzes –***  
***statt drastischer Einschränkung demokratischer Rechte!***

Die Corona-Pandemie ist ernst zu nehmen und betrifft Frauen in besonderem Maße - ob bei der Arbeit im Krankenhaus, in der Arztpraxis, in der Pflege, an der Ladentheke oder -kasse, oder bei der Bewältigung des Alltags in der Familie. Gesellschaftliche Krisen wie die Weltwirtschaftskrise, die Krise in der Altenpflege oder im Gesundheitswesen treten verschärft zu Tage.

Unsere Gedanken sind bei allen Betroffenen, Erkrankten, Verstorbenen und ihren Angehörigen. Wir wünschen allen Erkrankten eine gute Genesung und wir bedanken uns bei allen, die trotz schwieriger Bedingungen das Leben aufrechterhalten.

- **In dieser Situation kommt es besonders auf Solidarität, Zusammenhalt und unsere Courage an.**
- **Auch mehr „Durchblick“ und unsere kämpferische Interessensvertretung sind gefragt.**
- **Unsere Leitlinie ist: Keine wird alleine gelassen - keine Courage-Frau, keine Freundin, keine Nachbarin.**
- **Achtet auf eure Gesundheit und die notwendigen Schutzmaßnahmen!**
- **Haltet Kontakt zueinander! Organisiert Unterstützung beim Einkauf, Arztbesuch, nutzt und teilt eure Fähigkeiten.**
- **Stärkt den Zusammenhalt und die Solidarität mit Aktionen über die Balkone und Fenster hinweg.**

- **Entfaltet euren kreativen** Protest mit dem Aushängen von Plakaten, mit Flyerboxen, mit Ko

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung verhält sich verantwortungsvoll. Eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft hat sich in Stadtteilen und Nachbarschaften entwickelt.

**Verantwortungslos ist der unzureichende Gesundheitsschutz - er muß verstärkt werden!**

Wir fordern:

- **Flächendeckende mehrsprachige Aufklärung, genügend Desinfektionsmittel, Schutzkleidung, Erhöhung der Testmöglichkeiten usw.**

**Nein zur massiven Einschränkung demokratischer Rechte im Windschatten von Corona!**

Am 22.3. wurde ein deutschlandweites „Kontaktverbot“ erlassen. In den meisten Bundesländern sind auch kleinere Versammlungen im privaten Rahmen verboten, drastische Strafen drohen. Der Bevölkerung wird „unvernünftiges Verhalten“ unterstellt. Aber ohne Probleme treffen aus so genannten „wirtschaftlichen Gründen“ in Großbetrieben und Verwaltungen hunderte Beschäftigte aufeinander, ohne Schutzmaßnahmen und Sicherheitsabstände. Auch wenn sie nicht notwendige Güter herstellen. Zurecht haben Beschäftigte in Spanien und Italien, aber auch bei Opel in Rüsselsheim und in Eisenach die vorübergehende Schließung von Werken erzwungen.

- **Wir fordern: Zeitweilige Stilllegung von Industrieproduktion, Verwaltung, Transport und Handel, die nicht gesellschaftlich notwendige Versorgungsgüter oder Notmaßnahmen betreffen bei vollem Lohnausgleich für die Beschäftigten!**

- **Wir protestieren gegen als Schutzmaßnahme getarnte „Notstandserlasse“ mit drastischen Strafen und Einschränkung demokratischer Rechte!**

**Nein zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Frauen, die Familien und die breiten Massen!**

Während die Eltern weiterhin arbeiten sollen, sind Schulen und KiTas geschlossen. In die Notbetreuung dürfen nur Kinder aus „systemrelevanten Bereichen“. Die Kinderbetreuung wird komplett in die Hände der Familien gelegt. Das viel gepriesene Home-Office ist erstens nur für einen kleinen Teil von Angestellten möglich. Zweitens für Eltern, die nebenher noch kleine Kinder betreuen und Schulkindern helfen sollen, ist das keine Lösung, sondern Dreifachbelastung. Kleine Kinder kann man nicht einfach in die Ecke stellen, wenn Videokonferenz ansteht. Und was ist mit all den Alleinerziehenden? Was ist mit den behinderten Menschen, denen durch die Schließung der Werkstätten für behinderte Menschen und anderer Einrichtungen von heute auf morgen die Tagesstruktur und -betreuung wegbricht? Ganz selbstverständlich sollen die Familien oder die Wohneinrichtungen einspringen. Wir fordern:

- **Ausweitung der Notbetreuung und staatliche Hilfen zur Betreuung von Kindern, zur Pflege von alten und kranken Menschen, sowie Unterstützung für Menschen mit Behinderung! Lohnfortzahlung für Menschen, die kleinere Kinder betreuen.**

**Den Schutz gegen Gewalt an Frauen und Kindern verstärken!**

*„In der aktuellen Krisensituation mit starken Einschränkungen im öffentlichen Leben steigt die Gefahr für Frauen und Kinder, häusliche und sexualisierte Gewalt zu erfahren“, befürchtet der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe. Die Frauenhäuser sind aber jetzt schon chronisch überlastet. Wir unterstützen ihre Forderung:*

- **Erhöhte Achtsamkeit in der Nachbarschaft und schnelle, unbürokratische, staatliche Hilfe für betroffenen Frauen! Mehr Geld und Personal für Frauenhäuser, Finanzierung von alternativen Unterbringungsmöglichkeiten wie Hotels!**

**Schwangerschaftsabbrüche sind Notfälle und müssen weiter möglich bleiben – der § 218 muss weg!**

Mit Ärzt:innen und Fachverbänden fordern wir besondere Maßnahmen:

- **Aussetzung der Zwangsberatung.**  
- **Zulassung des Abbruchs zu Hause mit den „Abtreibungspillen“ Mifegyne und Cytotec mit telemedizinischer Begleitung bis zum Ende der neunten Schwangerschaftswoche nach nur einem Besuch bei einer Ärztin.**  
- **Durchführung von chirurgischen Schwangerschaftsabbrüchen in den Kliniken als Notfall**

**Profitorientiertes, zunehmend privatisiertes Gesundheitswesen – eine Gesundheitsgefahr!**

Aus Profitinteressen wurden und werden Kliniken, Frauen-, Geburts- und Kinderstationen dichtgemacht. Jahrelang kämpfen die Beschäftigten in den Kliniken für Neueinstellungen und Entlastung. Das Berliner „Bündnis für mehr Krankenhauspersonal“ erklärt:

*„Das Coronavirus trifft das deutsche Gesundheitswesen in Zeiten von Pflegenotstand und Versorgungslücken, die ihre Ursache in der Ökonomisierung durch Fallpauschalen (DRGs) haben. (...) Mangelnde Händedesinfektion aufgrund der hohen Arbeitsbelastung, fehlende Schutzausrüstungen und keine flächendeckenden Tests von Beschäftigten auf das Corona-Virus gefährden den Gesundheitsschutz der Beschäftigten und Patient\*innen.“* Wir fordern:

- **Keine weiteren Klinikschließungen und Entlassungen, Aufstockung von Bettenkapazitäten, sofortige Neueinstellung und Ausbildung von Personal!**  
- **Beschaffung der notwendigen Schutz- und Hygieneartikel und von Medikamenten – auch aus China - unabhängig vom internationalen Konkurrenzkampf!**  
- **Abschaffung der Fallpauschalen und vollständige Refinanzierung aller**

**entstehenden Kosten zur Patientenversorgung!**

**Schutz und höhere Löhne für Beschäftigte in lebenswichtigen Bereichen!**

Orhan Akman, Leiter der Verdi-Bundesfachgruppe **Einzelhandel**, erklärt in einem Interview:

*„Im Grunde **haben wir seit drei Wochen eine Situation, die die Grenzen der Belastbarkeit der Beschäftigten übersteigt** . (...) Es wäre dringend nötig, den hygienischen Schutz zu erhöhen, etwa durch Sicherheitsabstände zwischen den Kunden oder zwischen ihnen und der Kasse. Desinfektionsmittel muss bereitgestellt werden, und die Beschäftigten benötigen vor allem Pausen und Entlastung, um nicht selbst krank zu werden. (...) Wer etwa in einem Kaufhaus arbeitet oder bei einem Modefilialisten, der wird nun möglicherweise zwangsweise in Kurzarbeit geschickt. Doch angesichts der ohnehin nicht sehr üppigen Gehälter, die Menschen im Handel verdienen, und in Anbetracht der hohen Teilzeitquote wird das Kurzarbeitergeld nicht reichen. Deshalb sollten die Unternehmen, (...) den Beschäftigten die Differenz zum vollen Gehalt zahlen.“*

Wir fordern:

- **Schutzmaßnahmen und Ausruhezzeiten für Beschäftigte in der Gesundheitsversorgung, im Handel oder sonstigen zur Aufrechterhaltung des Alltags notwendigen Bereichen!**
- **Spürbare Erhöhung der Löhne in diesen Bereichen, voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit und staatliche Hilfen für Kleingewerbetreibende!**

**Statt Aussperrung und Ausgrenzung - Schutz für geflüchtete Menschen**

Dramatisch ist die Situation in den Flüchtlingslagern an den Außengrenzen Europas, aber auch in den Sammelunterkünften in Deutschland. Zusammengepferchten und oft auch eingesperrten Frauen, Männern und Kindern fehlt es an Hygienemöglichkeiten, Informationen und Schutz. Statt Hilfe gibt es verschärfte Überwachung. Wir fordern mit Pro Asyl und anderen:

- **Mehrsprachige Aufklärung und Informationen!**
- **Schließung der Lager Großunterkünfte und zügige Verteilung der Menschen auf die Kommunen bzw. die europäischen Länder!**
- **Aussetzung aller Abschiebungen und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis!**
- **Medizinische Behandlung unabhängig vom Aufenthaltsstatus!**

**Couragierter Zusammenhalt ist ansteckend –  
mach mit im Frauenverband Courage!**

[Diese Erklärung als Flyer zum runterladen - korrigierte Version !!!!](#)

**Nachahmenswert:**

**Danke-Klatschen und solidarische Balkonmusik mit "Gehörwäsche"**

aus der Stegerwaldsiedlung in Köln

[Video 1](#)

[Video 2](#)

[Video 3](#)